

Kinderrechte wählen

Forderungen von UNICEF Österreich für das neue Regierungsprogramm

Hintergrund und Ziel

In den letzten Jahren sind Kinderrechte mehr ins Bewusstsein gerückt und es wurden einige wichtige Initiativen für Kinderrechte gesetzt. Gleichzeitig gibt es noch viel zu tun. Anlässlich des Wahljahres 2024 stellt UNICEF Österreich in diesem Papier seine Forderungen vor, welche als Basis eines künftigen Regierungsprogrammes dienen sollen – zum Wohl JEDEN Kindes in Österreich. Nicht nur handelt es sich um Rechte junger Menschen, von einer starken Umsetzung der Kinderrechte profitiert die ganze Gesellschaft.

Um die **Stimme junger Menschen** und ihren Anliegen eine Plattform zu geben, hat UNICEF Österreich 2023 den **Denk Dir Die Welt Kreativwettbewerb (DDDW)** für junge Menschen durchgeführt und mit den Ergebnissen einen [Ideen- und Forderungskatalog](#) erarbeitet, welcher die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Österreich beinhaltet. Basierend auf den DDDW Ergebnissen, sowie weiterer Analyse für das Wahljahr relevanter Themenbereiche haben wir folgende Hauptthemen- und Forderungen formuliert, welche das Potenzial haben die Resilienz junger Menschen zu stärken mit den derzeitigen Krisen und Herausforderungen (Klimakrise, Teuerung, Kriege etc.) gut umgehen zu können und notwendig für eine zukunftsfähige Gesellschaft sind.

Unsere Hauptforderungen:

1. **Kinderrechte politisch priorisieren:** Kinderrechte Mainstreaming, adäquate Budgetierung kinderrechtlicher Maßnahmen, unabhängiges Monitoring kinderrechtlicher Entwicklungen;
2. **Gerechte Chancen für alle Kinder ermöglichen:** Kinderarmut strategisch bekämpfen ([Nationaler Aktionsplan \(NAP\) Kindergarantie](#)), Elementarpädagogik qualitativ voll flächendeckend ausbauen; Angebote für die psychische und physische Gesundheit junger Menschen erhöhen; Rechte aller Kinder ohne Diskriminierung umsetzen – etwa von geflüchteten Kindern, Kindern mit Behinderung, LGBTQ+ - Kindern;
3. **Gewaltschutz stärken:** Kinderschutzkonzepte mit ausreichend Ressourcen hinterlegen; Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe sowie Bewusstseinsbildung verschiedener Zielgruppen;
4. **Kinderrechte ins Zentrum der Klimapolitik stellen:** ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen zur Erreichung der Klimaziele, Auswirkungen der Klimakrise auf Kinder durch Anpassungsmaßnahmen berücksichtigen; Partizipation junger Menschen stärken;

Forderungen im Detail:

1. Politische Priorisierung von Kinderrechten

Trotz einiger wichtiger Initiativen für Kinderrechte sind etwa unzureichende finanzielle Ressourcen in vielen wichtigen Bereichen wie Kinderschutz budgetiert. Kinderrechte sind noch nicht ausreichend als Priorität im politischen Bewusstsein angelangt.

Unsere Forderungen:

- Kinderrechte zu einer politischen Priorität machen; **Budget & finanzielle Ressourcen** für langfristige und strukturelle Verankerung von Maßnahmen bereitstellen, etwa durch Strategiepläne;
- **Kinderrechte Mainstreaming** in allen Ressorts;
- Schaffung einer **unabhängigen Kinderrechte Monitoringstelle** für die Erfassung kinderrechtlicher Entwicklungen in Österreich (mit ausreichend Ressourcen und **Berichtspflicht z.B. ans Parlament**);
- **Schaffung eines Parlamentsausschusses Kinder und Jugend**;
- **Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA)** im Gesetzwerdungsprozess – Dimension Kinder und Jugend systematisch qualitativ durchführen;
- **Unterzeichnung des 3. Zusatzprotokolls zur UN- Kinderrechtskonvention** (Individualbeschwerdeverfahren für Kinder und Jugendliche an den UN Kinderrechtsausschuss);
- **Ambitionierte Außen- und Entwicklungspolitik**, in der Kinderrechte und die Bekämpfung von globaler Ungleichheit im Zentrum stehen; Erhöhung des Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und Funding für Programme, die Kinder stärken; Kinder weiterhin als Fokus in der Humanitären Hilfe und dem EZA 3-Jahresprogramm verankern;
- **Verantwortungsvolles Wirtschaftshandeln**, welches auf die Dimension Kinderrechte & Umweltschutz achtet, etwa im Rahmen der **Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes**

2. Gerechte Chancen und Nicht-Diskriminierung für jedes Kind

Kinderarmut

[Jedes 5. Kind in Österreich ist armutsgefährdet](#). Laut [EU-SILC](#) waren 2023 88.000 Kinder und Jugendliche von absoluten Armutslagen bzw. von erheblicher materieller und sozialer Deprivation betroffen, was mehr als einer Verdoppelung der Anzahl gegenüber dem Vorjahr entspricht (2022: 36.000 Personen unter 18 Jahren). Dies hat etwa negative Folgen auf Gesundheit, Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe der Kinder. [UNICEF begrüßt den Ende 2023 beschlossenen NAP Kindergarantie](#) und organisierte auch eine [Multistakeholder Veranstaltung](#) zu diesem Thema.

Unsere Forderungen:

- Strategische Bekämpfung von Kinderarmut durch die **Umsetzung des NAP Kindergarantie**;
 - Nachschärfung des NAP Kindergarantie, Schaffung von Indikatoren für Umsetzung, sowie Monitoring;
 - ausreichend **Ressourcen/Budget für die Umsetzung bereitstellen**;
- Einführung einer **Kindergrundsicherung für alle Kinder**;
 - inkl. Geldleistungen und Sachleistungen (z.B. warmes und gesundes gratis Mittagessen in Schule/Kindergarten)

(Elementar-) Bildung

Der Bildungssektor ist derzeit geprägt von Personalmangel, sowohl an Schulen als auch in der Elementarpädagogik. In zweiterem fehlen ausreichende Qualitätskriterien und ein flächendeckendes Angebot.

Unsere Forderungen:

- **Flächendeckender Ausbau mit ausreichendem Angebot an Plätzen** und Verankerung von **Qualitätskriterien** in der **Elementarpädagogik**; Umsetzung der Ergebnisse des [TSI Projekts](#);
- Systematische **Verankerung von Kinderrechte-Bildung** als Querschnittsmaterie an Bildungseinrichtungen; gelebte Kinderrechte etwa durch Partizipationsmaßnahmen (wie etwa durch [UNICEF KRS](#));
- Vermittlung **lebensrelevanter Skills** (u.a. mentale Gesundheit, Gewaltprävention, Ernährung, Klimawandel); dafür Anpassung der Ausbildung von Pädagog:innen; fächerübergreifendes Arbeiten; gute Einbindung externer Angebote;
- **Ausbau der Personalstruktur**: zusätzliche Pädagog:innen bzw. Assistenz für besondere Anforderungen, etwa Kinder mit Behinderung; Ausbau von Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Freizeitpädagogik, Administration;
- Inklusion und Kinderschutz an Schulen (siehe weitere Punkte unten);
- Überführung innovativer Bildungs-Pilotprojekte in den Regelbetrieb;
- Späterer Zeitpunkt der Bildungswegentscheidung (keine Trennung bereits ab 5. Schulstufe), um Bildungsgerechtigkeit zu erhöhen und frühen Druck auf Kinder, Pädagog:innen und Eltern abzubauen;
- Gesundes Mittagessen für alle Kinder, sowie adäquate Bewegungsangebote;
- Ausbau der verschränkten Ganztagschulen sowie Ferienbetreuung, qualitative Freizeitgestaltung

Kinder mit Behinderung

Der [UN-Fachausschuss veröffentlichte im September 2023 seine Handlungsempfehlungen](#) zum kombinierten zweiten und dritten Staatenberichts Österreichs. Kritikpunkte sind u.a. die Unterbringung in Behinderteneinrichtungen, Bildung in Sonderschulen statt in inklusiven gemeinsamen Schulen (Situation hat sich verschlechtert), Hürden bei gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, weiters insbesondere bei Mädchen Gefahr von Mehrfachdiskriminierung und Gewalt (Versäumnisse bei Gewaltschutz);

Unsere Forderungen:

- **Abbau von Hürden im Bildungsbereich** – inklusive Bildung statt getrennter Bildungssysteme auf allen Ebenen des Bildungssystems → Beendigung der Segregation von Kindern mit und ohne Behinderungen im Bildungssystem; Zugang zur Sekundarstufe II für Kinder/Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf; bessere Ausbildung für Pädagog:innen bezüglich optimaler Unterstützung für Kinder mit Behinderung sowie Aufnahme von Lehrpersonal mit Behinderung; Sammlung von Daten zu inklusiver Bildung; außerschulische inklusive pädagogische Betreuung sicherstellen; umfassende Barrierefreiheit der Bildungseinrichtungen inkl. barrierefreie Kommunikation (v.a. Österreichische Gebärdensprache und Unterstützte Kommunikation) sowie der Lehrmaterialien; Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte persönliche Assistenz im gesamten Bildungsbereich;
- **Teilhabe ermöglichen**: Wirksame und aktive Partizipation bei sie betreffenden Entscheidungen (etwa Gesetzesprozesse); Abbau von Barrieren für die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern mit Behinderung; barrierefreie Wahlprozesse inkl. politischer Bildung, bewusstseinsbildende Maßnahmen;

- **Gesundheitsversorgung gewährleisten:** uneingeschränkter, barrierefreier und gemeindenaher Zugang zum Gesundheitswesen, Zugang zu psychosozialen Diensten verbessern – Gewährleistung des Zugangs für alle Kinder mit Behinderungen; Verstärkung der Maßnahmen der Prävention; Entwicklung eines Begutachtungssystems zur Ermittlung des Pflegebedarfs von Kindern und Jugendlichen entsprechend den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, Unterstützung von Kindern mit Behinderung und/oder chronischen Erkrankungen durch Ausbau und Finanzierung von Versorgungsangeboten, Abbau bürokratischer Hürden; Vereinheitlichung der Rechte und Leistungen durch länderübergreifende Vereinbarungen;
- Maßnahmen zu **Gewaltschutz** von Kindern mit Behinderung treffen; etwa Beenden von Institutionalisierung und separierendem Bildungssystem, Schaffung von spezifischen und barrierefreien Präventions- und Schutzmaßnahmen (u.a. Meldeverfahren, Zugang zu Beratungsstellen, Opferschutzeinrichtungen, Sexualerziehungsprogrammen);
- Maßnahmen zu **Armutsbekämpfung** von Kindern mit Behinderung treffen; etwa durch Anpassung der Sozialleistungen an den zusätzlichen Bedarf, Förderungen für Familienberatungsstellen, Frühförderungsleistungen und individualisierte Unterstützungsleistungen für Kinder mit Behinderungen und ihre Familien;
- **Familienbezogene Unterstützungsleistungen stärken;** Unterbringung in Einrichtungen sollte vermieden werden (De-Institutionalisierung); Gemeindenahe Unterstützungsleistungen, bundeseinheitliche Persönliche Assistenz mit Rechtsanspruch;

(Mentale) Gesundheit

Junge Menschen sind stark von diversen Krisen belastet. Gerade auch während der COVID Pandemie stiegen psychische Erkrankungen an. Eine [aktuelle Studie](#) zur Gesundheit österreichischer Schüler:innen ab der 5. Schulstufe zeigt, dass 22% der Mädchen und 10% der Burschen Anzeichen einer Depression aufweisen. Rund 20% der jungen Menschen in Österreich leiden an einer chronischen Erkrankung. Wir begrüßen die Neufassung der [Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie](#). Generell besteht jedoch bei Gesundheitsausgaben und Ausbau von leistbaren Gesundheitsangeboten für Kinder Aufholbedarf.

Unsere Forderungen:

- **Mentale Gesundheit stärken:**
 - Ausbau **therapeutischer Angebote;**
 - Skills zum Thema mentale Gesundheit & Resilienz junger Menschen stärken
 - Kinderschutz im digitalen Raum stärken; Ausbau der Medienpädagogik;
- Weiters:
 - **Erhöhung gesundheitsbezogener Ausgaben im Kinder- und Jugendbereich, Ausbau therapeutischer Kassenleistungen;** Ausbau des Angebotes an Psychiatrie, Psychologie und Psychotherapie für Kinder und Jugendliche;
 - Ausbau niederschwelliger **Präventionsangebote** wie Gesundheitsförderungsprojekte bzgl. Bewegung, Ernährung, sozialer Teilhabe;
 - Warmes gesundes **Mittagessen** für alle Kinder;
 - Stärkung von **Kinderschutz bzgl. Werbung** (etwa Fast Food);

Geflüchtete Kinder

Geflüchtete Kinder brauchen Schutz und Sicherheit. Sie sind jedoch oft lange Zeit in großen Bundeseinrichtungen untergebracht, welche kein geeigneter Ort für Kinder sind. Oftmals ist der Zugang zu Bildung, angemessener Tagesstruktur und Betreuung sowie Gesundheitsdiensten erschwert. Unbegleitete geflüchtete Kinder (UMF) haben nicht von Anfang an Obsorgeberechtigte an ihrer Seite. Viele der UMF verlassen die Bundeseinrichtungen und verschwinden ([2022: 88,4 Prozent der registrierten UMF](#)). Sie sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Gewalt oder Menschenhandel zu werden.

Unsere Forderungen:

- Adäquate Betreuungsstandards: Ressourcen für die Betreuung & Unterbringung geflüchteter Kinder normieren und finanzieren (für UMF und begleitete Kinder);
- Bzgl. UMF: **Obsorge ab Tag 1** sicherstellen sowie kindgerechte Betreuung in adäquaten Unterkünften unter Kinder- und Jugendhilfe Standards und zeitgerechte Verlegung in adäquate Unterkünfte der Länder; Einhaltung der Standards von Aufnahme- und Verfahrensrichtlinie (z.B. Maximalzahlen bzgl. Vertretungen); Gewaltprävention durch angemessene Betreuung stärken;
- Zugang zu **Bildung, Kinderschutz und Gesundheitsdiensten ab Tag 1** sicherstellen;
- **Kindgerechte Asylverfahren**: kindgerechte Einvernahmen, kindgerechte Informationen; adäquate Berücksichtigung des Kindeswohls in Entscheidungen;
- Kinderschutz in Flüchtlingsunterkünften stärken;
- Bei der **Umsetzung des EU Asyl- und Migrationspakts Einhaltung von Kinderrechtsstandards** gewährleisten;
- **Gleichstellung subsidiär Schutzberechtigter mit Asylberechtigten** etwa bezüglich Wartefrist zur Familienzusammenführung und Zugang zu Sozialleistungen;
- Geflüchtete **Kinder aus der Ukraine**
 - finanzielle Absicherung durch Umstieg von der Grundversorgung ins Sozialhilfesystem;
 - Absicherung des Aufenthaltes u.a. durch adäquate Umstiegsriterien ins Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz;
- Erleichterungen für die **Einbürgerung** geflüchteter Kinder (etwa bzgl. Erfordernissen des Beschaffens von Dokumenten aus Herkunftsland); Verbesserung der Situation **staatenlos geborener Kinder**: automatisches Erlangen der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Geburt in Österreich ([Empfehlung 21 UN Kinderrechtsausschuss](#));

3. Gewaltschutz

Gewalt gegen Kinder passiert in der Familie, in Einrichtungen wie Schulen oder auch Online. Wir begrüßen als wichtige Schritte die gesetzliche Verankerung von Kinderschutzkonzepten an Schulen und auch die Kinderschutz-Kampagne der Regierung. Auch Gewalt unter jungen Menschen ist ein Thema, wobei die gestiegene Anzeigenbereitschaft sowie steigende Bevölkerungszahlen in Ballungsräumen die Zahlen relativieren.

Unsere Forderungen:

- **Kinderschutzkonzepte**
 - **Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen** für die Umsetzung von Kinderschutzkonzepten an Schulen und anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen;
 - **Erarbeitung** von Kinderschutzkonzepten **mit Fachpersonal sowie durch einen partizipativen Prozess an Schulen**;
 - Kinderschutzkonzepte auch in Elementarpädagogischen Einrichtungen und Vereinen gesetzlich verankern;
- **Stärkung von Kinderschutzakteur:innen wie der Kinder- und Jugendhilfe (KJH)**
 - Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen sowie genügend Ausbildungsplätzen;
 - dadurch stärkeren Fokus auf präventive Hilfestellungen für Kinder und Jugendliche bzw. Familien ermöglichen;
 - Verländerung der KJH rückgängig machen bzw. Qualitätsstandards der KJH weiterentwickeln und vereinheitlichen;
- **Kinder- und Jugenddelinquenz**
 - **Ausbau präventiver Ansätze**, etwa durch Stärkung der KJH (sh. oben);
 - Im Fall von (unmündigen) Kindern, welche Straftaten begangen haben, sollten adäquate Maßnahmen getroffen werden; adäquate Ansätze sollten etwa multiprofessionelle Fallkonferenzen sowie sozialarbeiterisches oder therapeutisches Arbeiten mit den jungen Menschen sein; die **Senkung des Alters der Strafmündigkeit bzw. Haft sind in dieser Altersgruppe Studien nach kontraproduktiv**, da durch Strafen die Tat weder reflektiert noch aufgearbeitet wird und Kinder diesen Alters die kognitive Unrechtseinsicht erst entwickeln müssen;
- **Gewaltprävention durch Bewusstseinsbildung & Sensibilisierung**
 - Von verschiedenen Zielgruppen wie Pädagog:innen, Eltern, der Gesellschaft allgemein und anderer relevanter Berufsgruppen (u.a. Exekutive, Justiz) sowie Kindern & Jugendlichen selbst;
 - bzgl. u.a. Kinderrechten & Partizipation, Gewaltprävention, Gewaltverbot in der Erziehung, Formen der Gewalt inkl. psychischer Gewalt, toxische gesellschaftliche Männlichkeitsbilder, moderner inklusiver Sexualpädagogik;
- **Kinderschutz Online stärken**
 - **Ausbau der Medienpädagogik** bzgl. Umgang mit Social Media, Cybermobbing, Fake News, Künstlicher Intelligenz etc.

4. Klimakrise & Kinderrechte

Studien zeigen: [Kinder sind aufgrund ihrer physischen und psychischen Entwicklung von den negativen Folgen der Klimakrise am stärksten betroffen, z.B. hinsichtlich Hitzewellen oder klimabedingten Krankheiten.](#) Schon während der Schwangerschaft kann es klimabedingt zu Komplikationen kommen. [Etwa die Hälfte der Kinder in Europa und Zentralasien - oder 92 Millionen Kinder](#) - sind bereits häufigen Hitzewellen ausgesetzt, und das in einer Region, in der die Temperaturen weltweit am schnellsten ansteigen. Für [armutsgefährdete Kinder sind etwa Hitzewellen u.a. aufgrund ihrer Wohnsituation besonders belastend.](#) Weiters sind natürlich vor allem Kinder durch die künftigen Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Kinder werden in der Klimapolitik nur unzureichend berücksichtigt und gehört, dabei sind es oft gerade junge Menschen, die sich für ambitionierteren Klimaschutz stark machen. Global gesehen ist besonders der Globale Süden von den Folgen der Klimakrise betroffen. Der [UN Kinderrechtsausschuss hat im General Comment 26](#) auf die Verletzungen vieler Kinderrechte durch die Klimakrise hingewiesen und Handlungsempfehlungen aufgezeichnet.

Unsere Forderungen:

- **Umsetzung des [General Comments 26](#)** des UN Kinderrechtsausschusses;
- **Ambitionierte Verfolgung der Pariser Klimaziele**
 - u.a. durch Emissionsreduktion, Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, Umstieg auf nachhaltige Energie;
- Beschluss eines **Klimaschutzgesetzes**
 - u.a. mit klar verankerten Emissionsreduktionszielen;
- **Klimagerechtigkeit** gegenüber dem besonders betroffenen Globalen Süden:
 - [Erhöhung der Klimafinanzierung](#) mit dem Fokus auf der Förderung von Projekten in besonders vom Klimawandel betroffenen Regionen des Globalen Südens, welche die Resilienz junger Menschen stärken;
 - Einzahlungen in den globalen **Loss & Damage Fund**;
- **Berücksichtigung von Kindern als vulnerable Gruppe** in der Klimapolitik & Klimaplänen
 - **Resilienz der für Kinder kritischen Infrastruktur** muss dabei weiter gestärkt und an die Auswirkungen des Klimawandels angepasst werden (u.a. krisenresistente Versorgung in den Bereichen Wasser, Sanitär- und Hygiene, Ernährung, Gesundheitsdienste, Bildung, Sozial- und Kinderschutzdienste);
 - Um die Resilienz armutsgefährdeter Kinder zu erhöhen sind die dargelegten allgemeinen Maßnahmen der **Minderung der Kinderarmutsbetroffenheit**, als auch **Maßnahmen des Hitzeschutzes** zu treffen (Sanierung von Wohnraum, kostenlose lokale öffentliche Infrastruktur im Freien (Beschattung von Spielplätzen und anderen Aufenthaltsorten) sowie in Innenräumen zur Abkühlung, wie etwa Museen, Bibliotheken);
 - **Verankerung spezieller Maßnahmen für junge Menschen, etwa in Klimawandel-Anpassungsplänen** z.B. Maßnahmen zum Hitzeschutz in Schulen, Wohnräumen und anderen Verweilorten im Freien und Innenräumen wie Spielplätzen zu schaffen (Begrünung, Wasserspender, bauliche Maßnahmen etc.) oder auch Vorkehrungen bezüglich anderer Naturkatastrophen wie z.B. Hochwasser treffen;
 - **Investitionen in die medizinische Primärversorgung** sind notwendig, um Prävention, frühzeitiges Handeln, Diagnose und Behandlung von **klimabedingten Krankheiten** bei Kindern zu unterstützen, einschließlich Schulung von Gemeindeggesundheitsarbeiter:innen und Lehrer:innen;
 - **Nationale Klima-Frühwarnsysteme** müssen stärker gefördert, lokale Umweltbewertungen durchgeführt und Initiativen zur Notfallvorsorge und Resilienz-Stärkung von Kindern unterstützt werden;

- **Partizipation junger Menschen**
 - Klimapolitische Forderungen junger Menschen müssen entsprechend ihrem Recht auf Partizipation eingeholt und auch berücksichtigt werden;
- **Rechtliche Einforderung ermöglichen**
 - Zugang junger Menschen zum Kinderrecht auf gesunde Umwelt und Klimaschutz ermöglichen durch den Abbau von Hürden; etwa kindgerechte Gerichtsverfahren, Kinderrechte-Awareness der Justiz stärken;
 - Unterzeichnung der [Declaration on Children, Youth And Climate Action](#);
- Vermittlung von **Wissen zu Klimawandel und Kinderrechten**
 - in Kindergarten, Schule und außerschulischer Jugendarbeit;
 - Arbeit mit Peers, Multiplikator:innen, Erarbeitung und Distribution kindgerechter Materialien mit Methoden und Informationen zu Klimawandel und Kinderrechten;

Kinderrechte erfolgreich umsetzen: Was es dafür braucht

Damit Kinder in Österreich mit **den derzeitigen Herausforderungen gut umgehen** können, erachten wir daher zusammenfassend für alle angesprochenen Bereiche Folgendes für wesentlich:

- **Kindern eine Stimme geben** – Partizipation junger Menschen stärken;
- **Anlässlich der anstehenden Wahlen junge Menschen informieren & empowern wählen zu gehen**;
- **Investitionen in den Bildungsbereich & dabei lebensrelevante Skills junger Menschen stärken**;
- **Kinderrechte-Awareness erhöhen und diese zu einer politischen Priorität machen**;
- **Kinderfreundliche und sichere Lebensräume** schaffen: Stärkung von Gewaltschutz, Klimaschutz sowie von förderlichen Maßnahmen für die (psychische und physische) Gesundheit junger Menschen;
- Und das **ohne Diskriminierung** - für ALLE Kinder!

Über UNICEF Österreich

Das Österreichische Komitee für UNICEF wurde 1962 als Verein zur Unterstützung und Förderung der Arbeit von UNICEF gegründet. UNICEF Österreich sammelt Spenden für die internationalen Programme und Nothilfe von UNICEF weltweit. UNICEF Österreich setzt sich darüber hinaus für die Bekanntmachung, Umsetzung und Förderung der Kinderrechte in Österreich ein. Durch unsere Programme „[Kinderfreundliche Gemeinden](#)“ und „[Kinderrechtesschule](#)“ sowie unsere politische Advocacy Arbeit arbeiten wir gemeinsam mit unseren Partner:innen daran, Kinderrechte in der österreichischen Gesellschaft bekannter zu machen und zu leben.

Positionspapier Wahljahr - Stand September 2024

Kontakt

UNICEF Österreich

Leitung Advocacy & Kinderrechte: MMag.^a Corinna Geißler

Karenzvertretung: Klara Krgović-Baroian, MA

Ansprechpartnerin: Mag.^a Katharina Skorpik

E-Mail: kinderrechte@unicef.at